

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (mit Post 2 RM, halbjährlich 10 RM, jährlich 20 RM, durch die Post bezogen monatlich 2 RM, ohne Postgebühren) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17254 / Vollbedruckte: Dresden Nr. 18600, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schreibrüstung: Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17254 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Donnerstag, den 6. Oktober 1927 Nummer 234

Deutsche Giftgase

Ein Todesopfer der Phosgen-Bomben in Offenbach

Offenbach a. M., 5. Okt. (Telunon.)

Im Betriebe der Farbwarenindustrie, Abteilung Offenbach, ereignete sich ein schwerer Unfall. Ein Arbeiter, der mit der Füllung einer Gasbombe, die tödlich wirkendes Phosgen enthält, beschäftigt war, bemerkte, daß die Bombe undicht war und Gas ausströmte. Den im gleichen Raum beschäftigten Arbeitern rief er laut Phosgen zu. Die Arbeiter ergriffen die Flucht, während andere mit Gasmasken geschützte Arbeiter die Bombe darauf in den Hof brachten. Eine im 1. Stock arbeitende Chemikerin und ein Chemiker öffneten ein Fenster, um frische Luft einzulassen. Am Abend trafen sich bei ihnen Beschwerden ein. Beide mußten ins Krankenhaus gebracht werden, wo inzwischen die Chemikerin an Phosgen-Vergiftung gestorben ist, während der Chemiker im bedenklichen Zustande darniederliegt.

Das Unglück in der Offenbacher Farbenindustrie zeigt also, daß die deutsche Rüstungsindustrie mit der gesteigerten Produktion von Giftgasbomben beschäftigt ist. So beschäftigt sich jetzt das, was von der bürgerlichen Presse, insbesondere aber von den Sozialdemokraten abgelehnt wurde: die Herstellung von Giftgasen wird trotz aller Genfer Friedensmelodien und pazifistischen Versicherungen in verstärkter Maße fortgesetzt. So sieht also in der Praxis die „Abrüstung“ aus, über die man im Genfer Völkerbundtheater wochenlang geredet hat und die von der SPD-Preße den Arbeitern als das Allheilmittel zur Verhinderung des Krieges empfohlen wurde. Die eine undichte Bombe, die in Offenbach zunächst nur ein Todesopfer forderte, entlarvt den Schwindel. — Ist ein Warnungssignal für die deutsche Arbeiterklasse. Wollen die Arbeiter bei dem von den Imperialisten vorbereiteten neuen Kriege zu Tausenden nicht Opfer der Phosgen-Bomben werden, dann dürfen sie keinen Augenblick länger zögern, die rote Front gegen die Kriegsheer und Kriegstreiber zu schließen. Schluß mit den pazifistischen Betrügern, erkennt die Gefahren der gesteigerten Kriegsvorbereitungen, die in erster Linie betrieben werden, um Sowjetrußland zu vernichten.

Die SPD in der Kriegsfront

Der Stolz vom August 1914

Geitern schrieben wir einen Artikel über die Kriegshetze gegen Sowjetrußland. Wir zeigten, wie der gesamte Stolz der Kapitalisten und ihrer Soldatenselber sich bemüht, gegen Sowjetrußland die Vaterlandverleumdung zu erzeugen. Wir enthielten die Hege der Dresdner Nachrichten und des Volksboten. Wir erklärten, daß die SPD in der gleichen Front liege. Geitern abend folgt nun die Volkszeitung den Spuren der deutschnationalen Nachrichten und des Volksboten. Unter der Überschrift „Rußland als Friedenslaboteur“ bringt die Volkszeitung eine verlogene, böse Darstellung von Wehnerungen der Zweiseitigkeit über die Abrüstungskonferenz. Die Volkszeitung schreibt, die Zweiseitigkeit teilte mit, die Sowjetregierung

wolle nicht an der Abrüstungskonferenz teilnehmen. Die Volkszeitung blüht sich, das Jitak aus der Zweiseitigkeit vollständig abzudrücken. Dabei paßiert der Volkszeitung aber das Unglück, daß sie das Jitak bringt, in dem gesagt wird, daß die Zweiseitigkeit als eine Verleumdung gegen den Frieden enthält. Kühn und frech behauptet die Volkszeitung, es sei von der Zweiseitigkeit eine Demagogie, die Erfolglosigkeit der Genfer Friedensbemühungen als Verleumdung gegen den Frieden hinstellen. Dann erklärt die Volkszeitung: „Das bolschewistische Rußland ist heute noch der europäische Friedensbedroher, wie es vor dem das jüdische war.“

Das sind dieselben Töne, wie wir sie bei den Deutschnationalen hören. Rußland bedroht den Frieden, deswegen verteidigt das Vaterland — die „demokratische Republik“ heißt es heute bei den Sozialdemokraten — gegen den Bolschewismus. Die Kriegskrieg von 1914, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, ist wieder hergestellt.

Sowjetrußland bedroht den Frieden! — Vor wenigen Tagen schrieb die Volkszeitung noch anders. Am 28. September schrieb sie in einer Erklärung des Bezirksvorstandes zur Verhinderung der Rußland-Delegationen:

„Als Sozialdemokratische Partei haben wir nicht allein das lebhafteste Interesse daran, zu erfahren, wie die Verhältnisse in Rußland liegen, sondern wir haben auch den lebhaftesten Wunsch, daß die Arbeiterregierung in Rußland Bestand haben möge, und deshalb hat auch der Internationale Kongress in Marseille gegenüber der kapitalistischen Unterdrückungspolitik die Parole ausgegeben: Hände weg von Sowjetrußland!“

Nach am 28. vorigen Monats, sieben Tage zuvor, erklärt die Volkszeitung: die Imperialisten freien Rußland ein. Die Imperialisten bereiten also den Krieg vor. Demgegenüber: Hände weg von Rußland! Sieben Tage später bedroht das bolschewistische Rußland den Frieden. Am selben 28. September erschien in der Volkszeitung ein Artikel über „Internationale und Abrüstung“ von Reinhard Fern. In diesem Artikel heißt es:

„Keine an den wirtschaftlichen Imperialismus gebundene Regierung wird irgendein taugliches Kriegsmittel abrühen, wenn sie nicht durch eine härtere Macht dazu gezwungen wird.“ Und zu der Stellung der kapitalistischen Regierungen zu dem Genfer Abrüstungsprotokoll wird gesagt:

„Niemand wird ein Verstand seine Unterschrift unter das Protokoll legen, weil kein Minister der Abrüstung, keine politische Macht hinter ihm, ihn dazu zwingt. Und vollends absurd ist der Gedanke, die öffentliche Meinung könnte die englische, französische und Reichs-Regierung je veranlassen, das Protokoll zu unterschreiben, nachdem sie wenige Monate zuvor selbst die Coalitions-Konferenz durch ihre kriegerischen Absichten zum Scheitern brachte.“

Das am 28. September. Da heißt die Volkszeitung fest, Rußland wird eingekreist, die französische und englische Regierung verhindern die Abrüstung, die englischen Admirale hehen zum Kriege. Am 5. Oktober aber ist nach derselben Volkszeitung das eingekreiste Rußland der schlimmste Friedensbedroher. Verlogen und doppelzüngiger kann man wohl nicht schreiben. Die Volkszeitung spekuliert auf die absolute Dummheit und Unverstandlichkeit ihrer Leser. — Wie lange wollen die Arbeiter diesen Lügen noch Glauben schenken?

Der mexikanische Aufstand niedergeschlagen

Eine Schlappe des amerikanischen Imperialismus

Berlin. Die von den Generalen des USA-Imperialismus angeführte Meuterei in Mexiko ist so gut wie niedergeschlagen. Die Stadt Veracruz im Staate Vera Cruz, wo der meuternde General Gomez sich verborgen halten soll, ist von den regierungstreuen Truppen umzingelt und dürfte in der aller nächsten Zeit fallen. Die Calles-Regierung hat den Befehl gegeben, die Güter der Aufständischen überall zu beschlagnahmen und sie zur Vergeltung der durch die Niederwerfung des Aufstandes verursachten Kosten zu verkaufen. Wie schon berichtet, ist der General Serrano mit 13 ausländischen Offizieren vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen worden. Der Oberst Manzanilla ist mit sämtlichen Offizieren seines Stabes wegen seiner Beteiligung an der Meuterei zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

General Gomez ist ein bekannter Agent des amerikanischen Imperialismus, der nicht zum erstenmal in der mexikanischen Geschichte eine Rolle spielt. Das unmittelbare Ziel der Aufstandsbewegung ist, die Regierung Calles zu stürzen und die Wahl Obregons, die unter relativ normalen Umständen sicher wäre, zu verhindern, um den Wahlsiege zu erzwingen für eine Regierung, die einseitig im amerikanischen Jahrgang vorzugehen würde.

Schon die Ernennung Norrorns des Kommandos des Petroleum- und Finanzkongress Coalidge zum General der USA in Mexiko kündigt eine verstärkte Aktivität des amerikanischen Imperialismus in Mexiko an.

Katowski bleibt

Ein Dementi Tschischerins

Berlin, 6. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Telegraphenagentur des Sowjetianon veröffentlicht eine Erklärung des Ruhestellungsamts, nach der die Meldung eines Partier-Verstärkers in Moskau, nach der sich Tschischerins bereit erklärt haben soll, den Partier-Verstärker Katowski abzugeben, nicht den Tatsachen entspricht. Im Gegenteil, Tschischerins ist von jeder der Auffassung gewesen, daß eine Abberufung Katowski sich in den Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich sehr ungünstig auswirken würde. Die Berliner Sowjetische Gesellschaft bestätigt diese Stellungnahme des Ruhestellungsamts.

Die dritte deutsche Arbeiter-Delegation

Von Robert Siemert, Chemnitz

Am 10. Oktober wird die dritte deutsche Arbeiterdelegation von Hamburg aus mit dem russischen Dampfer „Sowjet“ ihre Studienreise antreten. Nach etwa dreiwöchiger Fahrt wird sie in Leningrad an Land gehen und von den Leningrader Arbeitern empfangen werden.

Trotz der Hege gegen Sowjetrußland im allgemeinen und gegen die Entsendung einer neuen Arbeiterdelegation im besonderen ist die dritte Delegation zustande gekommen. Diese dritte deutsche Arbeiterdelegation stützt sich auf das Vertrauen von vielen tausend deutschen Arbeitern. Sie fährt im Auftrage der vielen tausend deutschen Arbeiter, die ihren Namen unter die Begrüßungsadresse an die russischen Arbeiter gelehrt haben. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen haben sich bereits 200.000 Arbeiter durch die Unterzeichnung dieser Begrüßungsadresse für die aktive Solidarität mit Sowjetrußland und für die Entsendung der dritten deutschen Arbeiterdelegation und damit für ein enges Bündnis mit der russischen Arbeiterklasse ausgesprochen.

Eine vierel Million Unterschriften sollte für die Begrüßungsadresse gewonnen werden. Das war das Ziel. Schon jetzt können wir feststellen, daß das Ziel erreicht, wahrscheinlich sogar überschritten wird. Die Kampagne für die Unterzeichnung der Begrüßungsadresse ist noch nicht abgeschlossen. Tausende von Arbeitern können noch gewonnen werden. In allen Betrieben und Werkstätten, in allen Versammlungen liegen die Begrüßungsadressen zur Unterzeichnung aus. Überall sollten die Arbeiter durch eigenhändige Unterschrift ihre Solidarität mit Sowjetrußland bekunden.

70 Arbeiter reisen, darunter über 50 Sozialdemokraten

An der dritten deutschen Arbeiterdelegation werden sich circa 70 Arbeiter beteiligen. Alle Gebiete Deutschlands sind vertreten. Die Delegation setzt sich aus circa 80 Prozent sozialdemokratischer Arbeiter zusammen.

Es war nicht immer leicht, die Delegierten für die Delegation zu gewinnen. Eine Reihe von Schwierigkeiten war zu überwinden, von denen wir nur einige andeuten möchten. Jede Körperschaft, die einen Delegierten entsendet, muß für den Delegierten den Betrag von 350 Mark zur Finanzierung der Delegation an die „Einheit“ abliefern. Diese Summe muß durch besondere Sammlungen aufgebracht werden. War diese Schwierigkeit überwunden, dann wurde dem Delegierten der Urlaub verweigert oder die Entlassung angebroht, und viele Genossen mußten infolge des Terrors der Unternehmer zurücktreten.

Dazu kommen noch die Bemühungen der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftsführer, bereits gewählte Delegierte zu überreden und zu beeinflussen, von der Delegation zurückzutreten. Es muß festgestellt werden, daß auch diese Bemühungen, sehr oft mit den unfairsten Mitteln unternommen, nicht ohne Erfolg geblieben sind. Wenn trotzdem der größte Teil der Delegationsmitglieder aus den Reihen der Sozialdemokratischen Partei stammt, so ist das ein weiterer Beweis dafür, daß in breiten Schichten der sozialdemokratischen Arbeiterklasse der Gedanke lebendig ist, mit den russischen Arbeitern gemeinsam zu kämpfen. Jedenfalls können wir feststellen, daß sich trotz aller Wanderei die sozialdemokratischen Arbeiter nicht abhalten lassen, an der Studienreise teilzunehmen.

„Wenn Breitfeld zum Völkerbund reißt, kann ich als Sozialdemokrat auch nach Moskau fahren!“

Aus Berlin-Brandenburg sind allein 8 sozialdemokratische Arbeiter als Delegierte vorgezogen. Einer dieser Genossen ist zurückgetreten, weil er von führenden Genossen bearbeitet wurde. In Beeslau hat man die sozialdemokratischen Delegierten vor den Bezirksvorstand geladen mit dem Erfolge, daß einer von den vorgezogenen Delegierten zurücktrat. In Chemnitz bemühte sich der Parteisekretär wiederholt, die sozialdemokratischen Genossen von der Delegation zurückzubehalten. Ein Jungsozialist, der von der Arbeiterkassette des Völkerverbandes gewählt worden ist, erklärte dem Parteisekretär auf seine Vorhaltungen, daß kein Sozialdemokrat nach Rußland fahren darf: „Wenn Breitfeld nach Genf zum Völkerbund fahren kann, dann kann ich auch als Sozialdemokrat nach Rußland zu meinen Klassen Genossen fahren.“

Das Tolle aber leistete sich der sozialdemokratische Bezirksvorstand von Ostfahlen. Er versuchte bisher vergeblich, die sozialdemokratischen Genossen von der Teilnahme an der Delegation abzubringen, und veröffentlichte folgenden Beschuß:

„Auch in diesem Jahre soll eine Delegation von Arbeitern aus den Betrieben nach Rußland geschickt werden. Einen ganz besonderen Anstoß bietet hierzu die Feier des zehnjährigen Bestehens der Sowjetrepublik. In den Betrieben und werden Listen herumgereicht, durch die um Unterschriften und um einen Betrag von 10 Pf. geworden wird der angeblich (?) zur Reise für die 100 Delegierten dienen soll. Außerdem werden Unterschriften zu einer Sympathieerklärung für Sowjetrußland gesammelt. Leider mühen wir auf Grund der rückliegenden Erfahrungen feststellen, daß die deutschen Arbeiter, und namentlich die sozialdemokratischen, mißbraucht werden sollen für kommunistische Parteizwecke. Der erweiterte Bezirksvorstand sah sich deshalb veranlaßt, in einer Sitzung vom 24. September zu beschließen, daß alle Parteigenossen, die ihren Namen unter Aufsicht zur Teilnahme an von Kommunisten veranstalteten Rußland-Delegationen gelehrt haben, oder die in kommunistischen

Ost 1725 fränke